

ZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN BETRIEBSGRUPPE DEGUSSA - WERK II Nr. 8 27. 11. 75

DIE WERKSLEITUNG PLANT FÜR 1976 AUSWEITUNG DER KURZARBEIT. IHR PRINZIP:

Löhne einsparen – Arbeitslosenkasse kaputt machen

Die Rechnung ist ganz einfach:
1975 wurde im Werk II zweimal und jeweils im Degussit kurzgearbeitet. Im April und Mai waren es 9 Tage, im November sind es 8 Tage. Betroffen waren jeweils ca. 110 Kolleginnen und Kollegen. Sie haben insgesamt 17 Tage kurzgearbeitet.
68% ihres Nettolohns zahlte an diesen Tagen das Arbeitsamt. Man kann davon ausgehen, daß der Nettolohn und -gehalt am häufigsten bei 1100 DM pro Monat liegt. Pro Tag beträgt er dann bei 20 bis 21 Arbeitstagen pro Monat ca. 55 DM. Davon 68% sind ca. 38 DM. Das zahlt das Arbeitsamt pro Tag und Nase Kurzarbeit. Bei 17 Tagen und 110 Betroffenen zahlt es demnach ca. 71.000 DM.

Wieviel wurde demgegenüber von allen im Werk II 1975 in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt? 2% des Bruttolohns oder -gehalts. Bei durchschnittlichen 1600 DM pro Monat und 800 Leuten macht das ca. 310.000 DM.

Was heißt das ?

Wenn 1976 auch nur fünfmal so viel Kolleginnen und Kollegen wie 1975 15 bis 20 Tage kurzarbeiten – und bei einer Einbeziehung der Keramischen Farben mit allem was dranhängt werden es so viel sein, dann hält sich das, was die Arbeitslosenversicherung von uns einnimmt mit dem, was sie an uns auszahlt, bereits die Waage. (Fortsetzung S. 2)

Keramische Farben - Tunnelöfen:

Der Schichtplan ist ein Skandal !

Der Schichtplan an den Tunnelöfen war schon immer das reinste Durcheinander. Schon immer werden dort die Kollegen von einem auf den anderen Tag von der einen in die andere Schicht geschubst und immer ist dort unklar, wieviel man am Monatsende in der Tasche haben wird.

Früher, als es noch mehr Arbeit gab, war längeres Arbeiten in der Normalschicht noch eine Seltenheit. Es soll meistens diejenigen Kollegen getroffen haben, die einmal längere Zeit krank waren. Wenn sie wieder zurückkamen, wurden sie erst mal wochenlang in die Normalschicht gesteckt. Für ihre Krankheit wurden sie damit schwer bestraft. Denn längere Normalschicht bedeutet:
Wegfall aller Zulagen und damit Lohneinbußen von 300 bis 400 DM im Monat.

Jetzt, wo es weniger Arbeit gibt, ist die Normalschicht enorm ausgeweitet worden. Die Kollegen, die Normalschicht machen müssen, zahlen jetzt in Mark und Pfennig für die Krise, für die nicht sie, sondern die Unternehmer die Verantwortung tragen!
Die Kollegen werden behandelt wie ein Stück Vieh. Wenn die Unternehmer sie brauchen, müssen sie antanzen, wann immer es diesen paßt. Wenn die Unternehmer-Wirtschaft in der Krise ist, werden die Kollegen auf mageres Futter gesetzt.
Um zu verhindern, daß sich die Kollegen geeint wehren, hat sich der Meister etwas Feines einfallen lassen. Er setzt nicht alle Kollegen gleichviel auf Normalschicht, sondern die einen mehr, die anderen weniger und manche überhaupt nicht.
Die Kollegen sollten sich durch diese Machenschaften nicht verwirren und gegeneinander aufhetzen lassen. Im Grunde stehen sie alle vor dem gleichen Problem:
Sie haben keinen gesicherten Lohn! Die Werksleitung hat dutzend Möglichkeiten, den Lohn zu drücken, wenn es ihr paßt!
Die gemeinsame Forderung der Kollegen sollte deshalb sein:
Ob Normal- oder Wechselschicht – Jeden Monat mindestens den Durchschnittslohn der letzten 12 Monate !

So macht die Arbeitslosenversicherung pleite

Die Arbeitslosenversicherung bezahlt aber nicht nur Kurzarbeitergeld, sondern vor allem das Arbeitslosengeld für die über 1 Million, die die Kapitalisten auf die Straße gesetzt haben. Und sie zahlt ständig erhebliche Beträge direkt an die Kapitalisten in Form von allerlei Zuschüssen. Eineinhalb Jahre kapitalistische Krise haben ausgereicht, um die Arbetislosenversicherung in Zahlungsschwierigkeiten zu bringen.

So sieht 1975 ihre Bilanz aus:
Den Einnahmen von ca. **8 Milliarden DM** stehen Ausgaben in Höhe von ca. **18 Milliarden DM** gegenüber.
So setzen sich die Ausgaben zusammen:

ca. 3,0 Mrd. DM	Kurzarbeitergeld
ca. 13,7 Mrd. DM	Arbeitslosengeld
ca. 0,5 Mrd. DM	Investitionszuschüsse
ca. 0,5 Mrd. DM	Umschuldungsbeihilfen und Einarbeitungszuschüsse
ca. 00,3 Mrd. DM	Verwaltungskosten
ca 18,0 Mrd. DM	

10 Milliarden DM fehlen also.
Manche Kollegen und Kolleginnen werden meinen, dies sei ja gar nicht so schlimm. Schließlich müßten ja Rücklagen aus den Jahren vorhanden sein, in denen es nur wenige Arbeitslose gegeben hat. Denn damals haben wir ja auch kräftig bezahlt.
Wer das meint, der irrt sich gewaltig. Verfügbare Rücklagen hat die Arbeitslosenversicherung nicht. Alle Überschüsse aus vergangenen Jahren sind regelmäßig in die Staatskasse geflossen und von dieser im Bundeshaushalt ausgegeben worden. Jetzt müßte die Staatskasse eigentlich zurückzahlen. Aber jedermann weiß: **Die Staatskasse ist auch pleite !** Veränderte Einnahmen infolge der Krise und Milliardengeschenke an die Unternehmer haben ein Loch von 40 Milliarden gerissen!

Für das Minus der Arbeitslosenversicherung von 10 Milliarden DM 1975 kommt die Bundesregierung zwar noch auf. Aber sie denkt gar nicht daran, ein ähnlich großes Minus auch in den nächsten Jahren abzudecken.

An einen Aufschwung, der die Arbeitslosigkeit wieder beseitigt, glaubt sie selbst nicht. Sie ist darauf eingestellt, daß die Zahlungsschwierigkeiten der Arbeitslosenversicherung von langer Dauer sein werden. Da sie für diese Schwierigkeiten aber auf Dauer nicht aufkommen kann und will, hat sie kurzerhand beschlossen, die Arbeiter und Angestellten zur Kasse zu bitten:
Sie hat die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 50% von 2 auf 3% erhöht.
Das wird 1976 Mehreinnahmen von ca. 4 Milliarden DM aus unseren Taschen bringen. Da dann trotzdem noch ein großes Loch bleiben wird, werden jetzt Pläne geschmiedet, wie man uns zusätzlich schröpfen kann:
1. Das Arbeitslosengeld soll vom Tariflohn anstatt wie bisher vom Effektivlohn berechnet werden.
2. Bei der Berechnung des Kurzarbeitergeldes sollen Sonntags- und Feiertagszuschläge nicht mehr berücksichtigt werden.
3. Wenn in die Kurzarbeit Feiertage fallen, soll an diesen überhaupt nichts mehr gezahlt werden.

Und wenn dies immer noch nicht reicht, dann wird man eben erneut die Beitragsschraube anziehen.

Das Prinzip ist einfach und gar nicht neu:

Die Leistungen so weit verschlechtern, und die Beträge so lange anheben, bis laufende Ausgaben im Lot sind!

In der Weltwirtschaftskrise 1929 - 1932 ging das genauso. So wurden damals die Beiträge erhöht:
ab Januar 1930 von 3 auf 3 1/2%
ab August 1930 von 3 1/2auf 4 1/2%
ab Oktober 1930 von 4 1/2 auf 6 1/2%.
1931 schließlich wurden die Gesamtleistungen um nicht weniger als **ein Drittel** gekürzt. Das ging zu Lasten aller Unterstützungssätze. 1932 bekam weniger als die Hälfte aller Arbeitslosen überhaupt noch Geld von der Arbeitslosenversicherung. **So weit darf es nicht wieder kommen!**

Die Arbeitslosenversicherung ist die Kasse der Arbeiter und Angestellten. Niemand zahlt da rein außer uns. Auch wenn es immer heißt, die Beiträge wurden je zur Hälfte von uns und den Kapitalisten bezahlt. Die Hälfte, die angeblich die Kapitalisten zahlen, sind in Wirklichkeit ein Lohnbestandteil. Sie laufen bei den Kapitalisten unter Lohnkosten und sind auch bei unseren Lohn- und Gehaltsabrechnungen unter unseren Bezügen aufgezählt.

Wir müssen uns dagegen wehren,daß diese Kassen von den Kapitalisten und vom bürgerlichen Staat regelrecht ausgeplündert werden! Es ist einfach glatte Ausplünderung, wenn der bürgerliche Staat jahrelang die Arbeitslosenversicherung als zusätzliche Massensteuer mißbraucht. Es ist einfach glatte Ausplünderung, wenn die Kapitalisten mit Hilfe des Staates ständig Zuschüsse in Milliardenhöhe für allerlei Zeugs absahnen und ihren Profit damit sichern.
Die totale Ausplünderung findet aber immer dann statt, wenn die kapitalistische Profitwirtschaft wieder eine schwere Krise hervorgebracht hat. Wenn die Kapitalisten sich massenhaft der Arbeiter „entledigen“ und ihre Verluste „sozialisieren“, indem sie sie der Kasse der Arbeiter aufbürden.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit macht jede Arbeitslosenversicherung kaputt! Erst recht, wenn dazu noch massenhafte Kurzarbeit kommt! Kurzarbeit, mit der die Kapitalisten einen Teil ihrer Lohnkosten einfach der Arbeitslosenversicherung aufhalsen.



WAS KANN MAN TUN?

1. Nicht auf das hochgelobte „Netz der sozialen Sicherheit“ vertrauen und Massenarbeitslosigkeit hinnehmen. Sondern jeden Arbeitsplatz, den ein Kapitalist „abstoßen“ will, mit vollem Einsatz verteidigen.
2. Dafür eintreten, daß die Arbeitslosen wieder in die Produktion eingegliedert werden. Durch Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände. Das geht: **Durch Verkürzung der Arbeitszeit für alle bei vollem Lohnausgleich und durch Verlängerung des Urlaubs!**
3. Nicht einfach zustimmen, wenn der Unternehmer Kurzarbeit beantragt, sondern sich hartnäckig auf den Standpunkt stellen: **Kurzarbeit ja, aber nicht auf Kosten der Arbeitslosenversicherung! Kurzarbeit nur, wenn der Unternehmer Kurzarbeitstage voll und ganz bezahlt!**

Wenn die Werksleitung im nächsten Jahr wieder Kurzarbeit beantragt, darf das also nicht mehr so laufen wie in diesem Jahr. Bisher sind wir alle mitsamt dem Betriebsrat davon ausgegangen, daß die Bezahlung von Kurzarbeit ja bereits geregelt ist.
Jetzt können wir sehen, was dies für eine Regelung ist:
Die Arbeitslosenversicherung übernimmt die Lohnkosten der Unternehmer – und geht dabei ihrem Ruin entgegen!

Kein Betriebsrat kann da weiterhin so tun, als wäre alles geregelt. Die Unternehmer, auch die Degussa, haben schon viel zu viel auf Kosten der Arbeitslosenversicherung eingespart. **Jetzt muß Schluß sein, wenn die Arbeitslosenversicherung nicht vollständig kaputtgehen soll!**

WER BEZAHLT ?

Das muß zur entscheidenden Frage gemacht werden, wenn es demnächst wieder um Kurzarbeit geht !

Kurzarbeit im Degussit

Belegschaft und Betriebsrat von der Geschäftsleitung übers Ohr gehauen

Am 21. Oktober nachmittags gab's für die Kollegen vom Degussit-Betrieb eine böse Überraschung: um 3 Uhr sollte eine Betriebsversammlung sein, und zwar deshalb, weil es im November Kurzarbeit geben sollte. Zwar gings ja die ganze Zeit schon schlecht mit der Arbeit. Aber von neuer Kurzarbeit hat nie einer gesprochen. Deshalb war die Nachricht ein ganz schöner Schock für alle. Plötzlich sollte die Kurzarbeit angeblich unumgänglich sein. Denn ob Kurzarbeit ja oder nein, das stand auf der Versammlung gar nicht mehr zur Diskussion. Den Kollegen wurden nur noch zwei verschiedene Konzeptionen über die Form der Kurzarbeit vorgetragen. Die Geschäftsleitung hatte starkes Interesse daran, die Leute innerhalb einer Woche verfügbar zu haben. Deshalb sollte nach ihrer Vorstellung die Belegschaft in zwei Gruppen aufgeteilt werden, wovon die eine Montag/Dienstag, die andere Donnerstag/Freitag zu Hause bleiben sollte, und das wochenweise im Wechsel. So, daß einschließlich Wochenende mal 4, mal 6 freie Tage hintereinander entstehen würden. Mittwochs würden dann immer alle Leute da sein. Die Kurzarbeit sollte sich auf 5 Wochen erstrecken und zwar auf den ganzen November und auf die erste Dezemberwoche. Das hätte also 10 Tage Kurzarbeit bedeutet.

Dagegen wollte der Betriebsrat durchsetzen, daß die **Kurzarbeit an einem Stück** gemacht werden sollte. Jeweils ein Teil der Belegschaft sollte also zwei Wochen im November frei haben. Die Argumente waren gut: Wenn die Kurzarbeit nur im November stattfinden würde, hätten die Kollegen nur im November und nicht auch noch im Dezember Lohnausfall. Außerdem sollte man sich, wenn man schon kurzarbeiten muß, wenigstens ein bißchen von der Arbeit erholen können. Und da sind zwei zusammenhängende Wochen natürlich besser als 4 oder 6 freie Tage.

Es gab dann einiges hin und her zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung, und irgendwann hat keiner mehr richtig durchgeblickt, wieviel Kurzarbeit denn nun gemacht werden sollte. Denn plötzlich wollte die Geschäftsleitung auf die zwei Tage im Dezember verzichten. Damit wollte sie nur den Vorschlag des Betriebsrats abblocken, Kurzarbeit in einem Stück zu machen. Denn ohne die Tage im Dezember wären es ja nur noch 8 Tage gewesen. Zu wenig, um die Kurzarbeit in zwei freien Wochen zusammenzufassen. Der Betriebsrat forderte dann mal die Belegschaft auf, sich auch dazu zu äußern, weil er sich nicht immer allein mit der Geschäftsleitung herumschlagen wollte. Das ist ja im Prinzip richtig. Aber was nützen solche Appelle, wenn die Belegschaft nicht entsprechend vorbereitet ist auf eine solche Diskussion? Sie hatte doch gerade erst erfahren, worum es ging. Dazu kommt noch, daß man überhaupt Hemmungen hat, auf einer Versammlung zu reden, wenn man nicht geübt darin ist. Man hat Angst, daß man sich verspricht und daß dann der ganze Saal lacht. Außerdem sitzt doch auch die Betriebsleitung da, die genau aufpaßt, wer was sagt. Wenn der Betriebsrat nicht vorbereitet, braucht er sich also auch nicht zu wundern!

Während der Versammlung wurde auch eine Art Abstimmung gemacht, bei der herauskam, daß die meisten die Kurzarbeit lieber an einem Stück machen wollten. Als dann die Geschäftsleitung den Leuten versprach, daß eigentlich jeder die Kurzarbeit so machen könnte, wie er es am liebsten möchte, löste sich die Versammlung einigermaßen zufrieden auf. **Aber am nächsten Tag kam das dicke Ende dann nach.** Die Betriebsleitung ging durch alle Abteilungen, mit vorbereiteten Listen, auf denen schon in etwa eingetragen war, wann nach ihren Vorstellungen die einzelnen Leute kurzarbeiten sollten. Jeder sollte unterschreiben, daß er



mit dieser Regelung im Prinzip einverstanden war. Natürlich, so wurde betont, sei dies nur ein Vorschlag, ganz unverbindlich, und keiner sei gezwungen, zu unterschreiben. Aber wer traut sich denn schon, die Unterschrift zu verweigern, wenn man so persönlich angesprochen wird? Jeder fühlt sich irgendwie unter Druck gesetzt. Jeder fühlte sich alleine. Denn man sah nicht so wie auf der Betriebsversammlung die anderen Hände, die sich erhoben, um für die „an-einem-Stück-Lösung" zu stimmen. So haben dann auch fast alle unterschrieben, weil sie meinten, es bliebe ihnen wohl nichts anderes übrig.

Die Betriebsleitung hatte erreicht, was sie wollte: Ihr erklärtes Ziel war es gewesen, die Produktion, die laufenden Aufträge, glatt durchzuziehen und auf der anderen Seite während der Zeit der Kurzarbeit die technische Entwicklung verstärkt voranzutreiben. **Entsprechende Abteilungen sind sogar von der Kurzarbeit ausgeschlossen. Man kann sogar vermuten, daß sie diese Zeit als Test dafür nehmen, ob sie nicht auch mit weniger Leuten mehr und qualitativ besser produzieren können.**

WAS VON DER GUTEN ZUSAMMENARBEIT ÜBRIGBLEIBT . . .

Der Betriebsrat war ganz verdutzt, als er mittags erfuhr, was morgens im Degussit gelaufen war. Er ist von der Geschäftsleitung ganz schön hereingelegt und überfahren worden. Eigentlich könnte der Betriebsrat daraus mal lernen, was „gute Zusammenarbeit" für die Geschäftsleitung heißt. Nämlich: Kann sie mit dem Betriebsrat ihre Interessen durchsetzen, wird „gute Zusammenarbeit" groß geschrieben. Ist der Betriebsrat aber anderer Meinung, dann gibt es statt „guter Zusammenarbeit" raffinierte Austricksereì.

Ist Umweltvergiftung unvermeidbar ?

„Die Auflagen der Stadt sind zu hoch, wir blasen denen zu viel bleihaltigen Frittenstaub ab, wir lassen denen zu viel Schwermetallsalze ins Abwasser – wenn wir den Auflagen nachkommen wollten, bräuchten wir viel mehr Geld und viel mehr Platz." Das sind gewöhnlich die Argumente, die wir zuweilen von Meistern und anderen Vorgesetzten hören, wenn es um die Rechtfertigung der Verlagerung des Werks nach Wolfgang geht. Aber diese Argumentation soll noch viel mehr bewirken, man will uns damit direkt Angst um unsere Arbeitsplätze machen: „Wenn die Behörde zu viel erfährt, macht sie uns den Betrieb gleich dicht", sagt man uns und zwingt uns damit gleichzeitig, daß wir bei den ganzen Vertuschungen und verrückten Spielchen „wenn mal einer kommt" mitmachen (alle Wasserhähne auf, Abläufe umleiten! etc). Geradezu peinlich und ekelhaft wirds aber dann, wenn sich die Degussa-Geschäftsleitung angestrengt bemüht, durch großangelegte Propagandasprüche (wie „Eine Kippe im WC zerstört 10 Liter Wasser") alle Verantwortung für die Umweltvergiftung von sich abzulenken und einfach der arbeitenden Bevölkerung in die Schuhe zu schieben. In Wirklichkeit tragen die Kapitalisten die volle Verantwortung dafür, daß Luft und Wasser zunehmend vergiftet werden. Und wir allein sind die Leidtragenden. Am Arbeitsplatz und zu Hause.



Die Umweltvergiftung ist in erster Linie eben nicht ein Problem zwischen Degussa und Stadt, sondern zwischen Degussa und uns: Die Umweltvergiftung fängt nämlich am Arbeitsplatz an. Mit giftigen Stäuben, mit giftigem Rauch, mit der vergifteten Luft in und um Degussa, in der wir alle arbeiten und viele von uns auch wohnen müssen. Und die Umweltvergiftung überhaupt ist ein Problem, was Leben und Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung angeht. Daß und wieviel Frittenstaub da abgeblasen wird, wissen die Behörden sowieso. Sie treiben ja die Spielchen mit, mit Sondergenehmigung und so – und auch „wenn mal einer kommt". Sie fürchten lediglich einen politischen Skandal beispielsweise durch eine allzu offensichtliche Vermehrung nachweisbar bleibedingter Krankheiten bei Babies in der Nähe der Degussa.
Wenn die Behörden wirklich Interesse an der Erhaltung unserer Gesundheit hätten, dann würden sie die Degussa dazu zwingen, sofort Anlagen mit verbessertem Arbeitsschutz und weniger Umweltbelastung zu bauen, was auf dem jetzigen Gelände des Werk II und bei den Rücklagen, die die Degussa hat, durchaus möglich wäre. Nicht wir haben die Verantwortung für den Bau von hermetischen Isolationen für Öfen, für lückenlose Absaugung von Stäuben und Rauch, für den Einbau von hochaktiven Spezialfiltern usw., sondern **die Herren der Degussa und ihre Beauftragten im Werk II.**

Wir werden im nächsten Mitmischer einen Artikel bringen, der die Frage behandelt, was für gesundheitliche Gefahren giftige Stäube und giftiger Rauch im Werk II für die Kollegen bedeuten. Wir werden auch versuchen, Möglichkeiten, was wir dagegen tun können, zu erörtern.
Im übernächsten Mitmischer werden wir uns mit dem Problem auseinandersetzen, warum giftige Abwässer, die es auch im Werk II gibt, die Trinkwasserversorgung von Millionen von Menschen bedroht.

Erlebnisse zu §218:

Eine Arbeiterin erzählt

Der Artikel ist die Zusammenfassung eines Interviews mit einer Arbeiterfrau. Sie ist Putzfrau und arbeitet für 4 DM pro Stunde. Ihr Mann ist Schlosser.

Als der Frau klar wurde, daß sie schwanger war, ging sie schleunigst zu einem Gynäkologen. Dem sagte sie, daß sie sich mit ihren 44 Jahren zu alt für ein Kind fühle. An ihrem eigenen Bruder, der um vieles jünger ist als sie, habe sie gesehen, wie schlecht es einem Kind mit überalten Eltern gehen könne. Sie würde ungefähr 60 sein, wenn ihr Kind in die Pubertät käme. Weiter erklärte sie dem Arzt, daß ihr Blut nicht in Ordnung sei. Sie wolle das nicht riskieren, sie wünsche eine Unterbrechung der Schwangerschaft.

Der Arzt hörte sich das alles gelassen und mit scheinbarem Mitgefühl an. Er riet zunächst dazu, sich doch nicht aufzuregen – andere Frauen in ihrem Alter hätten ihre Kinder auch noch ausgetragen. Das sei doch gar nichts so ungewöhnliches. Als er mit diesen irreführenden Sprüchen nichts ausrichten kann, verweist er die Frau an die Ärztekammer (Nordrhein).

Am gleichen Tag schreibt die Frau, der bei dieser Verlagerung ihrer Sache von dem ihr bekannten Arzt zu einer ihr ganz undurchsichtigen Organisation nicht ganz geheuer ist, an die Ärztekammer. Sie wird aufgefordert, sich der Untersuchung einer Kommission von Ärzten zu unterziehen – prominente Namen sind dabei: etwa Professor Jung von der Technischen Hochschule Aachen.

Über diesen erfährt die Frau später – von dem holländischen Arzt, der ihr das Kind dann zu guter Letzt abtreibt –, daß "der das doch macht", allerdings wohl nur, "wenn ich mit

Geld gewunken hätte" wie die Frau bemerkt.

Der Professor ist nicht da; die Sekretärin sagt der Frau, es seien keinerlei Unterlagen in ihrer Angelegenheit da, sie solle sich erstmal an die Ärztekammer wenden. Da komme sie doch her! Ach so, aber es ist nun mal nichts da.

Weiter geht's von Pontius zu Pilatus, bis die Frau auf der tagelangen Suche nach der für sie eingesetzten ärztlichen Kommission auf einen Arzt trifft, der ihren Fall oberflächlich kennt. Dieser Arzt interessiert sich nur für medizinische Fakten: Erbkrankheiten? Kinderkrankheiten?

Den Versuch der Frau, ihm die wirklichen Probleme darzulegen, kürzt er mit der scheinbar humorvollen Bemerkung ab: *"Ja, liebe Frau, Sie haben Pech gehabt, Ihr Mann hat einen guten Schuß getan!"* Dann führt er das, wie ein anderer Arzt es nennt, "Pi-pa-po" durch: Blutprobe, Urinprobe etc.

Dreimal im Laufe des Verfahrens muß die Frau diese Routinefragen und diese Standarduntersuchung über sich ergehen lassen – wenn man von dem urinologischen Finale mit einem halben Dutzend Urinfläschchen, aufzufüllen zu allen möglichen und unmöglichen Zeiten des Tages, kurz vor der Entscheidung der Ärztekammer absieht.

Der Professor war nicht da, aber wenn er da gewesen wäre, wäre er wahrscheinlich "nett" oder "jovial" gewesen und hätte ein paar aufmunternde Bemerkungen parat gehabt.

Der Assistent des Professors, von der Frau im Interview ohne Umschweife als ausgemachtes Schwein charakterisiert, sieht sich gegenüber den schärfer werdenden Protesten der Frau gegen die weitere Verschleppung ihrer Sache genötigt, väterliche Saiten aufzuziehen: "Setzen wir uns mal auf dieses Stühlchen, machen wir mal die Beinchen auseinander."

Als die Frau sich bei der Ärztekammer telefonisch darüber beschwert, daß dieser Arzt sie behandle, "als ob ich einen kleinen Tick hätte", und einen Arzt ihres Vertrauens fordert, wird sie von der Sekretärin der Kammer mit dem Hinweis abgewimmelt, das verzögere die Sache doch nur noch mehr – und sie sei auch die erste, die mit solchen Klagen komme. Es war offensichtlich schwer für diesen Arzt, mit dieser Frau zurande zu kommen. Der Arzt: *"Beantworten Sie doch meine Fragen!"* Die Frau: *"Aber Sie lassen mich doch gar nicht ausreden!"* Der Arzt: *"Warum sind Sie denn so nervös, warum drängen Sie denn so?"* Die Frau: *"Aber ich habe doch bereits eine Stunde in der Kabine gesessen."* Wohlgemerkt: in der Umkleidekabine.

Nach weiteren acht Tagen erklärt man der Frau, daß die Gutachten bis auf das des Psychiaters noch nicht vorliegen und daß weitere Urinproben eingesammelt werden müßten. Sonst sei ein sachlich fundiertes Urteil nicht möglich.

Die Laborschwester bekommt den rheinischen Humor zu spüren: Die Frau: *"Woher wissen Sie denn, daß ich Ihnen das Zeugs um 8.30 Uhr bringen kann?"* Die Schwester: *"Ja haben Sie denn keinen Sohn, der Sie mal schnell mit dem Auto herfahren kann?"* Die Frau: *"Ja doch, klar – ich schreibe ihm gleich ein Kärtchen an die Zonengrenze, wo er zur Zeit stationiert ist."*

Zum Schluß droht die Frau, das Labor und seine Reagenzgläschen durcheinanderzuschlagen. Aber sie hat ihre Entscheidung bereits getroffen: Der Verdacht, daß man sie hier zwischen Chrom und weißen Kitteln schikaniert und verschaukelt, und die Vermutung einer der Ärzte, daß ihr Fall ablehnend entschieden wird, was dann auch etwa 14 Tage später geschieht, bringen die Frau dazu, nach Maastricht in Holland zu fahren und dort die Abtreibung vornehmen zu lassen (die Kosten des Eingriffs – Absaugmethode –: 175 DM).

Ihre grundsätzliche Position faßt die Frau folgendermaßen zusammen: "Ich habe das zu verantworten. Ich mache das nicht aus Vergnügen." Klarer kann man die Kontrolle des Staates, seiner Juristen und Ärzte über die Masse der Frauen kaum zurückweisen.

aus KVZ

Die Neufassung des §218, über die der Bundestag jetzt berät, ändert daran garnichts!

Die einzige Lösung:

Weg mit dem § 218 !
Kostenlose und legale Abtreibung auf Verlangen der Frau !

Die Geschichte vom Ritter

Es war einmal ein Ritter – aber kein normaler Ritter, denn es war eine Frau und kein Mann. Und trotzdem war dieser Ritter groß und stark und mit einem furchterregenden Blick bewaffnet. Es gab immer gute und böse Ritter; die guten setzten sich für die Unterdrückten ein, und kämpften auf ihrer Seite für die Freiheit. Die bösen aber wurden fett und faul von der Arbeit der Geknechteten. Sie haben immer nur ihre Interessen im Auge gehabt und dabei sehr gut gelebt.

Zu welchen gehört nun unser Ritter? Es ist erzählt worden – man kann es in den Geschichtsbüchern nachlesen – daß einmal ein Arbeiter unseren Ritter um Hilfe gebeten hat. Der Herr des Landes hatte diesen Arbeiter mal wieder um seinen Lohn betrogen. Irrtümlicherweise schenkte dieser Arbeiter dem bösen Ritter Vertrauen und hoffte, bei ihm Gerechtigkeit zu finden. Aber – so steht es in der Chronik – seine Hoffnungen fielen auf unfruchtbaren Boden, und die Ernte enthielt am Ende nur Unkraut. Das betrügerische Gesicht hinter einem Lächeln verbergend, hörte unser Ritter die Sorgen des Arbeiters an und versprach – so ist es zu lesen – die Angelegenheit zu seinen Gunsten zu regeln. Zufrieden und voller Hoffnung ging der Arbeiter nach Hause. Aber schon am nächsten Tag war die Hoffnung, die er in seinem Herzen hegte, zerschlagen. Der Ritter zeigte sein wahres Gesicht, und statt den Arbeiter gegen den reichen Herrn zu verteidigen, hat er – vermutlich nach einem guten gemeinsamen Essen – ganz und gar den Standpunkt des reichen Herrn angenommen. Er hat diesem sogar die Aufgabe abgenommen, diesen Standpunkt dem unwissenden Arbeiter klarzumachen.

Zweimal betrogen, wendet sich der Arbeiter an seine Kollegen. „Ich pfeife auf die Hilfe dieses Ritters", schreit er im Zorn. „Wir alle zusammen, meine Brüder und Schwestern, sind viel stärker als dieser Ritter und der reiche Herr!" Ein anderer Arbeiter aber sagte – so steht es zu lesen – : „Dieser Ritter ist nicht mehr von dem reichen Herrn selbst zu unterscheiden, mit uns hat er nichts gemeinsam." Die Arbeiterinnen und Arbeiter beschlossen, gegen den Ritter etwas zu unternehmen. Und obwohl die Chronik weiter nichts erzählt, muß man befürchten, daß es mit diesem Ritter – der eigentlich eine Frau war – ein böses Ende genommen hat.



Yeni vardiya planı bir skandaldır:

Tünel ocaklarındaki vardiya planı eskiden beri karmakarışıktı. Uzun zamandan beri arkadaşlar, bir vardiyadan öbürüne, yahut bir gün bir vardiyadan ertesi gün başka bir vardiyaya nakledilmeleri olağan üstü bir olay değildi. Bütün bu karışıklık ay sonunda elimize geçen parada en açık olarak ortaya çıkmaktadır.

Eskiden normal vardiyadan uzun bir süre çalışmak olağan üstü bir işti. Eskiden çoğunlukla uzun süre hasta olan arkadaşları normal vardiyaya koyarak cezalandırıyorlardı.

Çünkü uzun müddet normal vardiya:

Eklerin ödenmemesi ve aylıkta 300.- ile 400.- DM arasında bir açık.

Şimdi işlerin kesik olduğu zamanda normal vardiya geniş bir şekilde arttırılmıştır. Şimdi normal vardiyada çalışmaları gereken arkadaşlar işverenlerin meydana getirdiği krizin vergisini az para alarak ödüyorlar.

Bilhassa yabancı arkadaşlara gösterilen kötü muamele oldukça artmakta. Kriz arttıkça işveren bizleri bir hayvan gibi kulanmayı planlıyor.

İçinde bulunduğumuz problemi ancak beraber çalışarak çözebiliriz. Bunun için bizi biribirimize karşı kışkırtmağa çalışan ustabaşılarına birliğimizi göstermemiz gerekiyor.

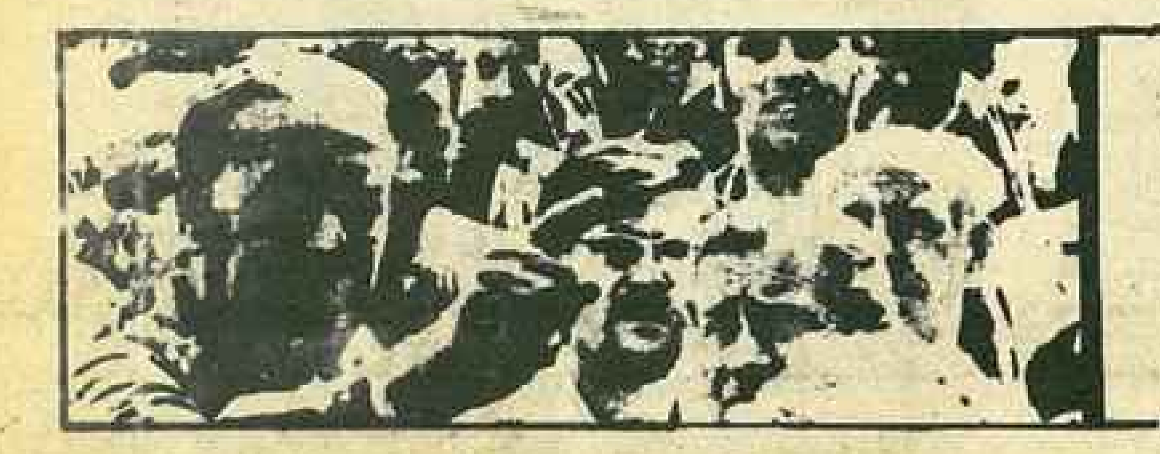
Gücümüzü gösterip haklarımızı alabilmemiz için aşağıdaki parola altında toplanmamız gerekiyor:

Hangi vardiyada çalışırsak çalışalım, aylığımız son 12 ayda aldığımız aylığın ortalaması olmalı.

Bayan Ritter

Bayan Ritter aptal ve hain karının biri. Betriebsrat'ta bizim için hiç birşey yapmadığı gibi, yabancılara olan düşmanlığı çekilir gibi değil. Bir ev bulabilmek için ne zaman büroya gitsek, neden geldiğimizi sormadan bizi azarlıyor ve kapının yolunu gösteriyor. Bu karının yeniden seçilmesi bu seneki seçimlerde yapılmış olan en büyük hatadır. Yapabileceğimiz tek şey bu kadını devamlı olarak kritize etmek, ve istfa edene kadar baskı altına almaktır.





mitmischer
herausgegeben von der SOZIALISTISCHEN BETRIEBSGRUPPE DEGUSSA - Werk II -
verantwortlich und KONTAKT:
Manfred Müller, 6 Frankfurt, Mittelweg 5
(Schickt auch Anregungen und Kritik an diese Adresse)